Stellungnahme zur Rücknahme der Beschlussvorlage Nr. 295/2019-2024 „Neubesetzung Aufsichtsrat der Wolmirstedter Wohnungsbaugesellschaft mbH“

Im Zusammenhang mit der Neugründung der Fraktion UWG/ WWP und der sich daran anschließenden notwendigen Neubesetzung von Ausschüssen wurde von der Fraktion KWG Börde - FDP - FUWG beantragt, den Tagesordnungspunkt „Neubesetzung Aufsichtsrat WWG“ auf die Tagesordnung des Hauptausschusses und Stadtrates am 18.10.2021 zu setzen.

Nach Abstimmung mit der Bürgermeisterin und der Kommunalaufsicht des Landkreises Börde, informiert die Verwaltung mit folgender Stellungnahme:

Laut § 10 (3) des Gesellschaftsvertrages (GV) vom 03.09.2019 endet die Amtszeit der AR-Mitglieder mit Widerruf der Entsendung oder spätestens mit dem Beschluss der Gesellschafterversammlung über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit, wobei das Jahr der Bestellung nicht mitgerechnet wird. Darüber hinaus legt der Gesellschaftsvertrag in Abs. 4 fest, dass die Mitgliedschaft eines Aufsichtsratsmitgliedes endet, wenn es das Amt oder die Zugehörigkeit zum Stadtrat der Stadt Wolmirstedt verliert, das für seine Benennung maßgeblich war.

Die Begründung des Antrages der Fraktion KWG Börde - FDP - FUWG, die Entsendung von Herrn Frank Meyer in den Aufsichtsrat der WWG zurückzuziehen, da Hr. Meyer seinen Austritt aus ihrer Fraktion erklärt hat, ist kein Grund, der laut GV zur Abberufung eines AR-Mitgliedes führt. Festzustellen ist, dass Herr F. Meyer lediglich aus der Fraktion, nicht aber aus dem Stadtrat ausgetreten ist. Somit kann der § 10 (4) GV nicht herangezogen werden. Im Übrigen geht aus dem Kommentar zum KVG LSA (Bücken-Tielmeyer/ Grimberg/ et.al., 35. Aktualisierung, Stand: Juni 2021) hervor, dass die bisher gültige Rechtsvorschrift, die Mitgliedschaft kommunaler Vertreter bei gleichzeitigem Ausscheiden aus dem Haupt- oder Ehrenamt der Kommune zu beenden, rechtswidrig ist, da sie gegen Bundesrecht verstößt (hier: Art. 31 GG). D.h. selbst der Austritt aus dem Stadtrat würde nicht zur automatischen Beendigung des AR-Mandates führen.

§ 10 (3) des GV sieht den Widerruf der Entsendung eines AR-Mitgliedes vor. So wie die Entsendung durch den Mehrheitsbeschluss der Vertretung (hier: der Stadtrat) zustande kommt, kann auch der Widerruf nur durch einen Mehrheitsbeschluss dieses Gremiums beschlossen werden. Allerdings ist zu beachten, dass, obgleich das Abberufungsrecht des Stadtrates keinen tatbestandlichen Voraussetzungen unterworfen ist und die Entscheidung hierüber deshalb vollständig in das Ermessen des Rates gestellt ist, sie nicht in dessen Belieben steht. Abgesehen von dem allgemeinen Willkür- und Missbrauchsverbot können sich Beschränkungen des Abberufungsrechts im Hinblick auf den Grundsatz der praktischen Konkordanz bei der Auslegung widerstreitender Regelungen auch aus anderen kommunalverfassungsrechtlichen Bestimmungen ergeben (vgl. OVG NRW, Beschluss vom 12.02.1990 - 15 B 35/90 -, juris Rn. 18; VG Düsseldorf, Urteil vom 17.09.2004 - 1 K 5749/02 -, juris Rn. 28). In der Rechtsprechung ist allgemein anerkannt, dass das Abberufungsrecht nicht aus Gründen ausgeübt werden darf, die allein in den (veränderten) Mehrheitsverhältnissen des Rates wurzeln. Das Prinzip der Verhältniswahl für die Bestellung gemeindlicher Vertreter steht somit einer schrankenlosen Abberufungspraxis des Rates entgegen. Anderenfalls hätte es eine Ratsmehrheit in der Hand, den nur im Wege der Verhältniswahl zum Zuge gekommenen Vertreter der Minderheit nachträglich allein deshalb abzuwählen, um an dessen Stelle einen weiteren Vertreter aus den eigenen Reihen setzen zu

**Stellungnahme zur Rücknahme der Beschlussvorlage Nr. 295/2019-2024
„Neubesetzung Aufsichtsrat der Wolmirstedter Wohnungsbaugesellschaft
mbH“**

können (vgl. OVG NRW, Beschluss vom 12.02.1990 - 15 B 35/90 -, juris Rn. 20). Diese Rechtsprechung findet sich auch in der aktuellen einschlägigen Literatur.

Eine Abberufung mit sofortiger Wirkung, wie sie in der Beschlussvorlage Nr. 295/2019-2024 vorgesehen ist, widerspricht daher den geltenden Rechtsvorschriften und der aktuellen Rechtsprechung. Die Beschlussvorlage wird daher von der Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses und des Stadtrates genommen.